

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.06.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:47 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	vertritt Hrn. Misch, anwesend bis 19:40 Uhr
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	anwesend bis 19:45 Uhr
Frau Birgit Leibrich	parteilos	anwesend bis 19:40 Uhr
Herr Bertolt Marquardt	DIE LINKE.	anwesend bis 18:45 Uhr
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Beate Fleischer	FDP	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Christoph Bernstiel	SKE	
Frau Birgitt Berthold	SKE	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	anwesend bis 18:50 Uhr
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	anwesend bis 19:40 Uhr
Herr Stefan Schulz	SKE	
Frau Martina Wildgrube	Verwaltung	
Frau Dörthe Riedel	Verwaltung	
Herr Tobias Teschner	Verwaltung	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verwaltung	
Frau Katrin Flint	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Werner Misch	CDU
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE
Frau Rita Lachky	Verwaltung

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Frau Elisabeth Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Frau Krausbeck stellte die ordnungsgemäße Einladung, sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, sagte, dass dem Ausschuss als Tischvorlage eine Dringlichkeitsvorlage zur Bildung eines Hochwasserschutzbeirates, sowie ein entsprechender Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu, vorlege. **Frau Wildgrube, Verwaltung**, erklärte, die Vorlage sei dringlich zu behandeln, da dies der letzte Ausschuss vor der Sommerpause sei und der Antrag von der CDU in den Ausschuss verwiesen wurde. **Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, erklärte, dass eine 2/3 Mehrheit erforderlich ist, damit die Vorlage als dringlich auf die Tagesordnung gesetzt wird. 9 Stadträte stimmten dem zu. Somit wurden die Dringlichkeitsvorlage zur Bildung eines Hochwasserschutzbeirates, sowie der Änderungsantrag auf die TO genommen.

Frau Krausbeck erklärte, dass der TOP 7.4 Vortrag von Herrn Mario Schwan, Leiter des Polizeireviers Halle, zum Thema „Die polizeiliche Lage in der Stadt Halle (Saale)“, nach vorn geschoben wird, sobald Herr Schwan anwesend sein wird. In Zuge dessen, erfolgt auch eine Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Herrn Bernstiel zum Fahrraddiebstahl in der Stadt Halle (Saale), welche unter TOP 6.1 aufgelistet ist.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 15.05.2014
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1 Grundsatzbeschluss Aufgabenübertragung Abwasserzweckverband Elster Kabelsketal
Vorlage: V/2014/12867
 - 7.4 Vortrag von Herrn Mario Schwan, Leiter des Polizeireviers Halle, zum Thema „Die polizeiliche Lage in der Stadt Halle (Saale)“
 - 6.1 Anfrage des sachkundigen Einwohners Christoph Bernstiel (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zum Fahrraddiebstahl in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12856
 - 4.2 Bildung eines Hochwasserschutzbeirates
Vorlage: V/2014/12839

- 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
Bildung eines Hochwasserschutzbeirates; Vorlagennummer V/2014/12839
Vorlage: V/2014/12880
- 4.2.2 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Karamba Diaby (SPD-Stadtratsfraktion) zur
Vorlage „Bildung eines Hochwasserschutzbeirates“
Vorlage: V/2014/12912

5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 5.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für die
Katzenkastration
Vorlage: V/2014/12728
- 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Information über städtische
Baumfällungen und Neupflanzungen im Stadtgebiet
Vorlage: V/2014/12752

6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

7 Mitteilungen

- 7.1 Baumfällliste
- 7.2 Mitteilung zur Radwegebenutzungspflicht
- 7.3 Information zur Verkehrsberuhigung Kleine Ulrichstraße

8 Beantwortung von mündlichen Fragen

9 Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 15.05.2014

Frau Fleischer, FDP-Fraktion, erklärte, auf Seite 11 den letzten Satz: „An der Zufahrt zum Händelhaus würde sich aber nichts ändern“, zu ergänzen mit „nach dem Stand der Präsentation im Planungsausschuss“.

Weitere Anmerkungen gab es nicht.

Der Niederschrift zum öffentlichen Teil vom 15.05.2014 wurde einstimmig zugestimmt (bei einer Enthaltung).

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Grundsatzbeschluss Aufgabenübertragung Abwasserzweckverband Elster-Kabelsketal** **Vorlage: V/2014/12867**

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte den Geschäftsführer der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, Herrn Schulze und bat um Rederecht für ihn.

Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung, führte in die Beschlussvorlage ein. Sie erklärte, dass die Aufgabe der Abwasserentsorgung derzeit beim Abwasserzweckverband Elster-Kabelsketal liegt und nun mittels Beschlussvorlage die Stadtverwaltung ermächtigt werden soll, in Abstimmung mit der HWS, die Voraussetzungen einer Übertragung der Aufgabe auf die Stadt Halle zu prüfen, die dafür einzuleitenden Schritte vorzubereiten und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, übergab das Wort **Herrn Schulze** – welcher die Thematik anhand einer Power-Point-Präsentation näher erläuterte.

[Die Präsentation ist in Session eingestellt!]

Aus dem Vortrag ergaben sich keine weiteren Fragen.

Frau Krausbeck bat zunächst die sachkundigen Einwohner um ihr Votum: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, in Abstimmung mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH die Voraussetzungen einer Übertragung der derzeit beim Abwasserzweckverband Elster-Kabelsketal gebündelten Aufgabe der Abwasserentsorgung auf die Stadt Halle (Saale) zu prüfen, die dafür einzuleitenden Schritte vorzubereiten und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen (Grundsatzbeschluss).

zu 7.4 **Vortrag von Herrn Mario Schwan, Leiter des Polizeireviers Halle, zum Thema "Die polizeiliche Lage in der Stadt Halle (Saale)"** i.V.m.

zu 6.1 **Anfrage des sachkundigen Einwohnern Christoph Bernstiel (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zum Fahrraddiebstahl in der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: V/2014/12856**

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte Herrn Mario Schwan, Leiter des Polizeireviers Halle und übergab ihm das Wort.

Herr Schwan, Leiter des Polizeireviers Halle, erklärte, den Vortrag über die polizeiliche Lage in der Stadt Halle 2013 mittels einer Präsentation anschaulich darzustellen. Die Zahlen sind vom Ministerium freigegeben worden. Auf die Anfrage des sachkundigen Einwohnern Herrn Bernstiel zum Fahrraddiebstahl wird er in seiner Präsentation dann entsprechend eingehen.

[Die Präsentation ist in Session eingestellt!]

Aus dem Vortrag ergaben sich folgende Fragen:

Herr Busse, CDU-Fraktion, fragte, ob die beiden Kameras auf dem Marktplatz in Betrieb sind und ob diese stichprobenartig oder gar regelmäßig ausgewertet werden. **Herr Schwan** erklärte, dass beide Kameras in Betrieb sind und die Aufnahmen auf einen Bildschirm in der Leitstelle der Polizeistation Kurallee abgespielt werden. Die Aufnahmen werden gespeichert und nach 72h wieder gelöscht. Die Sequenzen werden als Beweismittel gesichert, womit in 2013 ganze 100 Straftaten aufgeklärt werden konnten, was eine Videoüberwachung rechtfertigt. **Herr Bernstiel, sachkundiger Einwohner**, fragte, wie man gegen Drogenkriminalität vorgehe und wie die Personalaufstellung, im Hinblick auf die Personalstrukturreform, sei. **Herr Schwan** erläuterte, dass BTM-Straftaten vor allem durch allgemeine Verkehrskontrollen entdeckt werden und im Zuge der Ermittlungen auch gegen die Hintermänner ermittelt werden kann; personell ist und wird die Polizei auch künftig gut aufgestellt sein. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, fragte, ob bei der Videoüberwachung neue Technik zum Einsatz kommt, schließlich ist der Fortschritt schnell, es gibt bessere Pixelaufösungen und weitere technische Möglichkeiten. **Herr Schwan** bestätigte die Aussage und erklärte, dass in den kommenden Monaten ein Austausch der Technik erfolgen wird. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, fragte nach der Entwicklung von GraffitiStraftaten und **Herr Busse, CDU-Fraktion**, fragte nach der Aufklärungsquote dieser. **Herr Schwan** erklärte im Bereich GraffitiStraftaten sei in 2013 ein deutlicher Rückgang zu den Vorjahren zu verzeichnen. Waren es in 2012 noch 953 Verstöße, seien es in 2013 726 gewesen; ein Rückgang von 227. Die Aufklärungsquote lag in 2012 bei 38,6%, in 2013 bei 33,7%.

Auf die Anfrage des sachkundigen Einwohners, **Herrn Bernstiel**, zum Fahrraddiebstahl in der Stadt Halle (Saale) erläuterte **Herr Schwan**, dass in den Stadtgebieten Altstadt, nördliche Innenstadt und südliche Innenstadt mehr Fahrraddiebstähle zu verzeichnen sind als anderswo; dass aber die von der Polizei durchgeführten Aktionen (Fahrradcodierung) erfolgreich sind, da überwiegend Räder ohne Codierung gestohlen werden. Herr Schwan betonte, dass die Polizei künftig noch mehr Aktionen durchführen wird, so z. B. auch am Tag der Offenen Tür am 12.07.2014. Weiterhin erklärte Herr Schwan, dass jeder Bürger präventiv dem Diebstahl entgegenwirken kann, z. B. mit Schließen der Eingangstüren und Kellertüren, Kauf ordentliche Schlösser, Codierungen.

Eine schriftliche Beantwortung der Verwaltung wird Herr Bernstiel noch erhalten.

Weitere Fragen gab es nicht.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses bedankte sich im Namen des Ausschusses bei Herrn Schwan für seine ausführliche Darstellung und Beantwortung der Fragen.

- | | | |
|-----------------|---|---------------|
| zu 4.2 | Bildung eines Hochwasserschutzbeirates
Vorlage: V/2014/12839 | i.V.m. |
| zu 4.2.1 | Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage Bildung eines Hochwasserschutzbeirates;
Vorlagen-Nummer V/2014/12839
Vorlage: V/2014/12880 | i.V.m. |
| zu 4.2.2 | Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Karamba Diaby (SPD-Stadtratsfraktion)
zur Vorlage "Bildung eines Hochwasserschutzbeirates"
Vorlage: V/2014/12912 | |

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, übergab das Wort Herrn Scholtyssek, da der Antrag von der CDU-Fraktion in den OUA verwiesen wurde. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, begründete die Verweisung in den OUA damit, dass für die Fraktion weitere Fragen bestehen: welche Personen werden in dem Beirat sitzen, nach welchen Kriterien werden diese ausgewählt, welche Befugnisse, Kompetenzen hat der Beirat, wie erfolgen die Treffen.

Frau Wildgrube, Verwaltung, erklärte, dass der Personenkreis offen ist, bislang sind es Personen, die mit der Stadt kommuniziert haben; Befugnisse und Kompetenzen gibt es nicht, das Gremium bestimmt selber darüber. **Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, erklärte, der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Änderung, „zwei Vertreterinnen bzw. zwei Vertreter der Interessengemeinschaft Hochwasserschutz Altstadt“ wurde gestellt, da in der Altstadt unterschiedliche Bereiche vom Hochwasser stark betroffen seien und hier eine Erhöhung der Vertreter als wichtig erachtet werde. **Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, stellte den Änderungsantrag, einen weiteren Vertreter mit in den Beirat zu holen: „eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes“.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, bat zunächst die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der 1. Anstrich im Beschlusspunkt 3 erhält folgende Fassung:

„zwei Vertreterinnen bzw. zwei Vertreter der Interessengemeinschaft Hochwasserschutz Altstadt“

Dann brachte Frau Krausbeck den Änderungsantrag von Herrn Dr. Diaby zur Abstimmung. Zunächst das Votum der sachkundigen Einwohner : einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 3 wird um einen Anstrich erweitert:

- eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes

Letztlich bat Frau Krausbeck die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zur Vorlage „Bildung eines Hochwasserschutzbeirates“: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, zur fachlichen Beratung der Stadtverwaltung bei der Erstellung der Hochwasserschutzkonzeption, einen Hochwasserschutzbeirat nach § 74 a der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt zu bilden.
2. Mitglieder des Beirates sollen sein:
 - ~~ein Mitglied~~ **zwei Vertreterinnen bzw. zwei Vertreter** der Interessengemeinschaft Hochwasserschutz Altstadt
 - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Einwohnerinnen und Einwohner Halle-Neustadts
 - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter des Landesbetriebs für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (LHW)
 - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Stadtwerke Halle GmbH
 - der bzw. die Vorsitzende des zuständigen Ausschusses des Stadtrates
 - eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Stadtverwaltung
 - **eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes**
3. Der Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für die Katzenkastration Vorlage: V/2014/12728

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, führte in den Antrag der Fraktion ein und erklärte die Stadtverwaltung solle 10T € in den Haushaltsentwurf 2015 einstellen, um so die haleschen Tierschutzvereine bei der Durchführung von Kastrationen von Streunerkatzen zu unterstützen. **Herr Bernstiel, sachkundiger Einwohner**, fragte, wie man auf die Summe von 10T € käme. **Frau Berthold, sachkundige Einwohnerin**, fragte, wie viele Kastrationen derzeit durchgeführt werden und wie dies derzeit finanziert wird. **Frau Dr. Schwarzer, Verwaltung**, erklärte, dass bis 2010 10T € für Vereine vorgehalten wurden. Mit diesen Vereinen wurde ein Vertrag geschlossen - die Tiere wurden eingefangen, kastriert, gekennzeichnet und wieder freigelassen. Über jedes Tier musste ein Nachweis erbracht werden. **Frau Dr. Schwarzer** betonte, dass es sich hier um eine freiwillige Aufgabe der Stadt handelt und im Rahmen der Überprüfung von keiner Gefahr auszugehen sei, es ist kein Populationsanstieg zu verzeichnen. In der Stadt gäbe es darüber hinaus Katzenfutterstellen, welche in Halle ausnahmsweise zugelassen werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, bat zunächst die sachkundigen Einwohner um ihr Votum: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt
(3 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen, 3 Enthaltungen)

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in den Entwurf des Haushaltsplans 2015 10.000 Euro für die Bezuschussung der haleschen Tierschutzvereine zum Zweck der Durchführung von Kastrationen bei Streunerkatzen aufzunehmen.

zu 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Information über städtische Baumfällungen und Neupflanzungen im Stadtgebiet Vorlage: V/2014/12752

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, führte in den Antrag der Fraktion ein. Auf die Stellungnahme der Verwaltung erklärte sie, dass der angegebene Mehraufwand i.H.v. 41T € nicht gewollt ist. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, erklärte, den Antrag grundsätzlich zu unterstützen, jedoch sei hier ein größerer Aufwand nötig, als zunächst erkennbar sei – für den Laien müssten Erklärungen, Dokumentationen, Hinweise in einer ganz anderen Art und Weise als beispielsweise für die Verwaltungstätigkeit erforderlich, aufbereitet werden, damit dieser es versteht. **Herr Rost, Verwaltung**, erklärt, dass Magdeburg finanziell anders aufgestellt sei, der Erstaufwand an Personal und Technik sei enorm. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, fragte, wie viele Bäume für einen Mehraufwand von 41T € gepflanzt werden könnten. **Herr Rost, Verwaltung**, erwiderte, dass ca. 200 Bäume dafür gepflanzt werden könnten. **Frau Dr. Schöps, sachkundige Einwohnerin**, regte an, eine Angabenkonkretisierung auf der Baumfällliste zu machen – das kostet keine 41T € und würde dem Ansinnen auch nahe kommen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, bat zunächst die sachkundigen Einwohner um ihr Votum: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit über die von städtischen Fachbereichen konkret realisierten Baumfällungen und Neupflanzungen zu informieren. Dazu werden - vergleichbar mit der Vorgehensweise des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe der Stadt Magdeburg - laufend aktuell anstehende Baumfällungen unter Angabe von Baumart, Baumhöhe, Kronendurchmesser, Stammumfang, Fotodokumentation und Fällgrund sowie jährliche Zusammenstellungen über Neupflanzungen nach Standort und Baumart veröffentlicht.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine weiteren schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung, nahm Bezug auf die Sitzung vom 15.05.2014 und der Anfrage von Frau Dr. Schöps zur Nr. 193 der Baumfällliste (Warum wurde der Bescheid für die Fällung erteilt?) Eine Beantwortung sei bislang noch nicht erfolgt. Frau Ruhl-Herpertz sagte, dass am 20.06.2014, um 9:00 Uhr ein Vorortstermin stattfindet und alle Interessierten gern daran teilnehmen können. Eine Beantwortung der Frage wird im Anschluss erfolgen.

Am 20.06.2014 fand mit Vertretern des Bauherren, der Unteren Naturschutzbehörde und Frau Dr. Schöps ein Vor-Ort-Termin statt. Die (Wieder-)Herstellung der Aus- /Zufahrt ist für den Bauherren eine unabdingbare Voraussetzung für die Nutzbarkeit und Vermietbarkeit des Objekts. Die Pflasterung mit Bord und Rückenstütze rückt bis unmittelbar an den Stamm der jungen Linde mit entsprechend gravierenden Engriffen in den Wurzelbereich. Zudem wird der Baum im weiteren Kronenwuchs durch eine Oberleitung und eine Straßenlampe gestört. In der Abwägung unter Berücksichtigung der weiteren Erfolgsaussichten für den Baum wurde die Fällung genehmigt und eine Neupflanzung auf der anderen Seite der Zufahrt beauftragt. Frau Dr. Schöps wirbt nochmals vorzugsweise für eine Lösung zum Erhalt des vorhandenen Baumes und nimmt die ausführlichen Erläuterungen abschließend zur Kenntnis. Sie verzichtet auf eine gesonderte schriftliche Beantwortung ihrer Anfrage.

zu 7.2 Mitteilung zur Radwegebenutzungspflicht

Die Mitteilung zur Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Information zur Verkehrsberuhigung Kleine Ulrichstraße

Frau Riedel, Verwaltung, sagte, Herr Möbius wird den Ausschussmitgliedern anhand einer Präsentation eine Information zur Verkehrsberuhigung in der Kleine Ulrichstraße geben.

Herr Möbius, Verwaltung, erklärte, dass die Verkehrsorganisation in der Altstadt, vor dem Hintergrund, diese vom Fahrzeugverkehr zu entlasten, geändert werden soll. Im Zuge der 1. Stufe wird eine Einbahnregelung erfolgen. Die Änderung wurde bereits im Amtsblatt bekannt gegeben.

[Die Präsentation ist in Session eingestellt!]

weitere Mitteilungen:

Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung, informierte, dass der Landesbetrieb für Hochwasserschutz in den Hochwasserbeirat integriert wird.

Weiterhin informierte **Frau Ruhl-Herpertz**, dass zum Thema „Verbesserung des Hochwasserschutzes in der Altstadt“ (Antrag Stadtrat Olaf Sieber, V/2014/12697) die Fachbehörden des Landes angeschrieben wurden. Der LHW hat Unterstützung zugesagt. Die Frage wird im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Hochwasserschutzkonzeptes im Hochwasserbeirat erörtert.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

1. Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, sagte, dass mit dem Bau der neuen Straßenbahnhaltestelle in der Torstraße die Kurt-Tucholsky-Straße für den Verkehr abgehängt wurde. Anwohner beschwerten sich darüber, dass es zunehmend Autofahrer gibt, die dennoch illegal über die neue Haltestelle fahren. Herr Scholtyssek fragt, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sieht, dies durch Zusatzmaßnahmen zu unterbinden.

Herr Möbius, Verwaltung, erläuterte, dass die Überfahrt für die Feuerwehr gewährleistet sein muss. Er sagte, die Frage, ob durch Zusatzmaßnahmen die Nutzung durch PKW unterbunden werden kann, mitzunehmen.

zu 9 Anregungen

Herr Fuchs, sachkundiger Einwohner, regte an, darüber nachzudenken, wie gut der Gesundheitszustand unserer Bäume ist, in Hinblick auf die Geschehnisse in NRW.

Herr Bernstiel, sachkundiger Einwohner, regte an, ob vor Beginn des Public Viewing auf der Ziegelwiese, am Gewässerrand bei der Fontäne, die Anschwemmungen von Holz und Pflanzenresten, nicht entfernt werden könnten.

Weitere Anregungen wurden nicht gegeben.

Für die Richtigkeit:

Datum: 01.07.14

Elisabeth Krausbeck
Ausschussvorsitzende

Katrin Flint
Protokollführerin